

## Wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Eurozone – Gefahr für deren Stabilität

---

Oliver Morwinsky

Dass es in der Corona-Krise an europäischer Solidarität fehle, wird derzeit viel beklagt. Zwar belegen die aktuellen Maßnahmen das Gegenteil, doch die Kritik hält an, und die politische Diskussion wird schärfer. Seit sich der Fokus auf die wirtschaftliche Regenerierung nach der Krise verschoben hat, gibt es in der europäischen Debatte ein neues Narrativ: Deutschland werde aus der Krise deutlich stärker hervorgehen als andere EU-Mitgliedstaaten und verzerre auf deren Kosten den Wettbewerb. Deutschland kann auf eine kluge Haushaltspolitik der vergangenen Jahre verweisen. Jedoch kommt man nicht umhin, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone und deren Folgen zu betrachten.

Alle Staaten sind von der Krise schwer getroffen, doch vor allem südeuropäische Staaten, die schon vorher wirtschaftlich angeschlagen waren, sind mit hohen Arbeitslosenquoten, Griechenland (17,3 %), Spanien (14,1 %) oder Italien (10 %) besonders betroffen.<sup>1</sup> Notwendige nationalstaatliche Maßnahmen in der Krise müssen den jeweiligen wirtschaftlichen Voraussetzungen angepasst werden und zugleich nationale Besonderheiten berücksichtigen: etwa Branchenabhängigkeiten (Tourismus) oder Länge des *Shutdowns*. Sie sind allerdings auch Resultat der Haushaltspolitiken, wurden doch entgegen den Vorschlägen der Europäischen Kommission<sup>1</sup> die Vorteile eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Währung nicht überall gleich genutzt. Seit 2008 gerät die Konvergenzentwicklung ins Stocken.<sup>2</sup>

Zusätzlich zum großen europäischen Hilfspaket<sup>3</sup> haben die Staaten eigene Pakete geschnürt, die sich im Umfang fundamental unterscheiden: Während Deutschlands Maßnahmen 60 % des Vorjah-

res-BIPs umfassen, sind es in Frankreich mit dem zweitgrößten Paket der Eurozone 26 %, gefolgt von Italien mit 21 %.<sup>4</sup> Viele der nationalen Hilfen sind schuldenfinanzierte Maßnahmen. In der Folge steigt die Staatsverschuldung in allen Staaten um durchschnittlich 20 %.<sup>5</sup> Auch das Instrument der Staatshilfe bzw. Staatsbeteiligung wird vermehrt eingesetzt.<sup>6</sup> Vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, aber auch in Schweden, Italien und Frankreich.<sup>7</sup>

### Mögliche Problemfelder

1. Unterschiedliche Hilfsmaßnahmen verstärken in einem gemeinsamen Markt die Ungleichgewichte, und die wirtschaftliche Konvergenz der Staaten wird geschwächt.
2. Zunehmende Staatsschulden<sup>8</sup> führen zu schlechteren Bewertungen der Schuldentragfähigkeit der Finanzmärkte und verringern die Finanzierungsmöglichkeiten der Staaten. Die Euro-Finanzarchitektur wird gefährdet. Die Gefahr einer zunehmenden Politisierung der Zentralbanken steigt, ebenso die Wahrscheinlichkeit einer Staatsinsolvenz. Dies schwächt die gemeinsame Währung und führt zu Wohlstandsverlusten.
3. Sich des Instrumentes der Staatsbeteiligung zu bedienen, ist geboten, wenn es um die kurzfristige Unterstützung von strategisch oder wirtschaftlich „wichtigen“ Branchen geht. Dem Trend stetiger Staatsinterventionen muss jedoch vorgebeugt werden. Auch vor einer strategischen Einflussnahme des Staates in Wirtschaftskreisläufe sei gewarnt, denn auch sie unterminiert einheitliche Bedingungen für alle Akteure.

## Fazit

Die großen und wachsenden Unterschiede im Bereich der wirtschaftlichen Konvergenz gefährden den europäischen Binnenmarkt und die EU. Schon vor der Krise bestehende Ungleichgewichte werden durch nicht koordinierte Maßnahmen Einzelner verstärkt, das *level-playing-field* wird instabiler. Die strategischen Einflussnahmen von einzelnen Staaten können Renationalisierungen befördern. Der ordnungspolitische Kompass Europas darf nicht verloren gehen. Die Hilfsmaßnahmen der Nationalstaaten sind notwendig, ihre ungleiche Wirkung auf den Binnenmarkt verdeutlicht jedoch, dass

nur eine gemeinschaftliche europäische Zusammenarbeit aus der symmetrischen Krise führt.

Es bedarf daher einer neuen europäischen Finanzarchitektur mit einem neuen Ansatz für eine Finanzordnung, in der aus den alten Fehlern Schlüsse gezogen werden. Das schließt eine fiskalpolitische Steuerung mit gesamteuropäischem Überblick ein. Diese Steuerungsfunktion könnte die EU-Kommission übernehmen. Insbesondere Deutschland muss ein genuines Interesse an der Stützung der gesamteuropäischen Wirtschaft haben: auch um das aufkommende Narrativ des Egoismus zu entkräften.

- 1 U.a. basierend auf dem Europäischen Semester. Hier erhalten Mitgliedstaaten im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren politische Leitlinien und Empfehlungen der Europäischen Kommission, um eine kohärente Koordinierung der verschiedenen Wirtschaftspolitiken zu gewährleisten.
- 2 <https://www.eurofound.europa.eu/de/topic/monitoring-convergence-in-the-european-union>.
- 3 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-27-eurogruppe-rat.html>.
- 4 Inkl. Soforthilfen, Stundungen, Garantien u.a.; <https://de.statista.com/infografik/21463/anteil-der-corona-finanzenhilfen-in-ausgewaehlten-staaten-am-bip-2019/>.
- 5 Vgl. die Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission: [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip125\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip125_en.pdf).
- 6 Die Europäische Kommission hat zur (akuten) Bekämpfung der Krise hier einige zeitlich befristete Lockerungen eingeführt. Vgl.: [https://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/what\\_is\\_new/sa\\_covid19\\_temporary-framework.pdf](https://ec.europa.eu/competition/state_aid/what_is_new/sa_covid19_temporary-framework.pdf).
- 7 [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file\\_import/ip031\\_en\\_2.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/ip031_en_2.pdf); Eine starke Staatsbeteiligung gibt es traditionell in Polen, wo man bereits von einer „Repolonisierung“ spricht. Schon jetzt hält der Staat bei der größten Bank des Landes, der PKO Bank Polski, sowie im Industrie- und Dienstleistungsbereich (Ölkonzerne, Kohlegruben, Kupferkonzerne oder Versicherer) große Anteile; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/corona-pandemie-warnung-vor-nationalismus-so-positionieren-sich-europaeische-laender-zur-verstaatlichung/25768096.html>
- 8 Das durchschnittliche Haushaltsdefizit der Eurostaaten steigt von 0,6 % (2019) auf 8,5 % (2020); Frühjahrsprognose der EU-Kommission, vorgenannt.

Alle Links wurden zuletzt am 25.05.2020 abgerufen.

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

### Oliver Morwinsky

Referent Wettbewerbsfähigkeit Europas  
Hauptabteilung Analyse und Beratung

[oliver.morwinsky@kas.de](mailto:oliver.morwinsky@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).